

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

II/27

Hannover, 2. April 1947
Telefon 20951/52

Ja, aber Wahrhaftigkeit =====

F.S. Nachdem mitgeteilt wurde, dass beauftragte Vertreter der Sozialdemokraten mit berufenen Delegierten der CDU in Berlin über die Möglichkeit der Errichtung einer repräsentativen deutschen Vertretung der politischen Parteien gesprochen haben und dass die SPD auch grundsätzlich bereit sei, sich daran zu beteiligen, ein solches vorläufiges Organ des gesamten deutschen Volkes zu schaffen, wird ein zuweilen bemerkenswert unklares Gespräch darüber geführt, was die Sozialdemokratie wirklich wolle. Die Frage ist unnötig. Die SPD will die Zusammenarbeit, aber sie meint, dass dies nur möglich und sinnvoll sein werde, wenn gewisse Voraussetzungen bestehen. Dr. Schumacher, der Vorsitzende der SPD, hat, wie man weiss, für die Mitarbeit der Partei Bedingungen gestellt, und zwar vornehmlich die, dass alle Besprechungen dieser Art und alle Mitteilungen eines solchen Ausschusses der neuen Demokratie in Deutschland von innerer Wahrhaftigkeit getragen sein müssen. Nichts scheint selbstverständlicher als dies. Jede Äusserung dieser Institution wäre international und in Deutschland selbst nur von geringem Gewicht, wenn sie nicht von vornherein den Eindruck vermittelte, dass sie ein gültiger Ausdruck der unverfälschten Meinung und Haltung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes sei.

Wenn dieser Grundsatz aber wirklich Geltung bekommen soll, müssen nicht nur die in In- und Ausland verbreiteten Diffamierungen aufhören, denen bisher die verantwortlichen Männer der Sozialdemokratie durch Verleumdungen und Fälschungen ausgesetzt waren, sondern die

Partei, die solche Polemik für richtig und zweckmäßig befand, müsste eindeutig von diesen Verleumdungen und Fälschungen abrücken, in Deutschland und überall dort, wo sie ihre Infamie zu praktizieren vermochte. Das sollte sie um ihrer eigenen Würde tun. Die politischen Gegner zu verdächtigen und zu beschimpfen, war eine Methode der Nazis, die diese bis zur Anwendung brutaler Gewalt und bis zum Mord entwickelten, den sie mit den Begriffen "Staataraison" und der "Ordnung" noch zu legitimieren versuchten. Eine erfolgreiche politische Arbeit kann in Deutschland nur dann geleistet werden, wenn endgültige und vollkommene Klarheit darüber herrscht, dass solche Methoden zu verdammen sind.

Es gibt mannigfache Formen dieser Sorte von Politik, die in Wahrheit Terror und damit Verbrechen ist. Auch die Rechtsunsicherheit gehört dazu, die Furcht, aus-~~setzt~~ heimlichen oder heimtückischen Massnahmen oder Angriffen ausgesetzt, wenn man seine Meinung äussert und nach ihr handelt. Die Sozialdemokratie will, dass überall in einem demokratischen Deutschland alle politischen Parteien in völliger Freiheit arbeiten, werben und wirken können, ohne dass ihre Mitglieder oder Funktionäre befürchten müssen, eines Tages spurlos zu verschwinden. Darum geht es. Aufrichtigkeit, Anstand und vorbehaltloses Bekenntnis zur Demokratie, das sind die unabdingbaren Voraussetzungen. Wenn danach die Sozialdemokratische Partei auch in der Ostzone frei arbeiten kann, wenn der gedachte Parteienausschuss von allen Parteien gebildet wird und im ganzen Reich wirken können, wenn Anstand und Ehrlichkeit die politische Arbeit aller Parteien leiten, wenn jedermann sich frei und unabhängig als Vertreter ausschliesslich deutscher politischer Tendenzen fühlt - was sollte dann der Errichtung einer repräsentativen deutschen Parteienvertretung entgegenstehen und vor allem, was könnte und dürfte das Ausland hindern, die moralische und politische Legitimität dieser Institution anzuerkennen? Wir wünschen freilich, dass die Anerkennung nicht nur platonisch sei, sondern greifbar realistisch und dass sie nicht Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten verdeckt und bemäntelt. Das wäre ein echter und notwendiger Schritt auf dem Wege zur Deutschen Republik, die zu verwirklichen eine Aufgabe der Sozialdemokraten ist. (the/313/1/he)

Von Friedrich Stampfer - New York

Es ist klar, dass Amerika mit der Rede Trumans vom 12. März und der Moskauer Erklärung Marshalls vom 14. einen neuen Kurs eingeschlagen hat. Ziel bleibt nach immer Verständigung mit Russland, aber es ist nicht mehr eine Verständigung um jeden Preis. Der Kreis, der in der letzten Zeit den breiten Roosevelt umgeben hatte, hat den entscheidenden Einfluss verloren und ist in die Opposition gedrängt. Die Führung ist an jene Elemente der demokratischen Partei übergegangen, die der Politik der Morgenthau, Wallace und Welles schon immer skeptisch gegenüberstanden, und in noch höheren Masse an die Sieger in den Herbstwahlen, die Republikaner. Man kann von einer massenpolitischen Koalition sprechen, die den neuen Kurs durchsetzt und den Präsidenten für ihn gewonnen hat.

Konstanter Faktor der amerikanischen Politik ist die anglo-amerikanische Solidarität. Sie hat Amerika in zwei Weltkriegen geführt und ist damit nur stärker geworden. Auch der Übergang Englands von der konservativen zur Arbeiterbewegung hat daran nichts geändert. Im Gefühl vieler Amerikaner, besonders der aus England stammenden Oberschicht, bleibt England, sowohl was das Verhalten im Streit veranlassen hat, immer noch die Mutter, deren Sprache man spricht und die einen viel gegeben hat. Russland dagegen erscheint den meisten Amerikanern völlig fremd, unverständlich und irgendwie unheimlich. Der amerikanische Liberalismus kann sich in dem bolschewistischen Russland nicht besser finden als in dem zaristischen, und dieser Liberalismus ist nicht schwächer geworden dadurch, dass er eine starke nationale Note bekommen hat. Man ist heute auf die Stärke des Landes und auf seine Freiheit in gleicher Weise stolz. Die gefühlsmässige Grundlage für eine Propaganda, die Amerika zur Erfüllung seiner liberalen Weltmission anruft, ist damit ohne weiteres gegeben.

Der heimische Kommunismus ist, wie überall, auch in Amerika kein verbindendes, sondern ein trennendes Element. Für die erdrückende Menge der Amerikaner sind die fanatisierten oder korrumpierten Mitglieder der kleinen kommunistischen Sekte höchst verdächtige und unsympathische Gestalten. Man beurteilt Russland nach ihnen, den plumpen, lärmenden Propagandisten alles dessen, was russisch ist, und das ist für Russland bestimmt kein Gewinn. Gegenwärtig erwägt man ja sogar offiziell ein Verbot der kommunistischen Partei. Den Versuch, eine moderne Arbeiterpartei nach dem Muster der englischen ins Leben zu rufen, haben sie mit ihren Treibereien und Schiebungen immer wieder zunichte gemacht und sich dadurch den unverwundlichen Hass der meisten "Linken" in der Arbeiterbewegung zugezogen.

Dass es neben diesen mehr gefühlsmässigen Motiven des neuen Kurses auch andere, handgreiflichere gibt, ist selbstverständlich. Die anglo-amerikanische Solidarität wäre auch da, wenn es keine gemeinsame Geliebten in Vorderasien gäbe, aber das Vorhandensein dieser gemeinsamen Interessen trägt sicherlich manches zur Stärkung der gemeinsamen Gefühle bei. Wenn die russische Gegenoffensive die Dinge so darstellt, als ob die amerikanische Aussenpolitik völlig von kapitalistischen Gruppeninteressen beherrscht wäre, so verkennt sie die Kompliziertheit der Zusammenhänge zwischen politischen Ideologien und wirtschaftlichen Interessen. Vor allem ist es vollkommen falsch und irreführend, die liberale Demokratie Amerikas einfach als die Maske eines kalten berechnenden Profitsystems hinzustellen. Auch der Arbeiter und der Mann aus dem Mittelstand weiss die Freiheit, die die liberale Demokratie ihm gewährt, zu schätzen, und bei den meisten Erklärungen für diese Freiheit schwingt ein echter, oft religiös fundierter Idealismus mit.

Vielles spricht dafür, dass der neue Kurs der Festigkeit - nicht der Feindschaft - gegenüber Bestand haben wird. Wie es sich in Richtung Deutschland auswirken wird, ist schwer vorzusagen. Inzwischen wird aber mit Sicherheit, dass die amerikanische Politik auf die Stärkung der demokratischen Kräfte in Deutschland nicht weniger bedacht sein wird, als es in Griechenland, aber während des Krieges ist viel zu großartig versprochen worden, dass auch eine Riesenaufstiege es nicht sehr in Zukunft im Gegensatz vieler gerade bekommen kann. Man darf also von einem guten Ergebnis in Deutschland keine Wunder erwarten, wohl aber ein noch besseres Resultat für die unendlichen Schwierigkeiten, mit denen die Bevölkerung eines neuen demokratischen und sozialen Deutschland zu kämpfen haben, das es ist. (V/12/113/1/ha)

Die Deutschland-Politik der Sowjets

"Was an Russlands Wirtschaft gebundenes Deutschland ist dem Ziel der Sowjets"

Der Moskauer Korrespondent der "New York Times", Doug Mills, veröffentlicht alljährlich der Moskauer Konferenz ein wie ebenso tiefgründende wie bemerkenswerte Studie über die Deutschland-Politik der Sowjetunion. Darin heißt es u. a.:

Das wichtigste Ziel der sowjetischen Deutschlandpolitik ist die ideologische und politische Herrschaft über das Land und seine Völk. Es ist keine Augenblickspolitik. Dieses Ziel bildete vielmehr das Thema der sowjetischen Propaganda während der letzten 30 Jahre, wie das wurde durch den Nationalismus. Es ist hinter all der sowjetischen Propaganda erhaben, die während der Konferenz der vier Außenminister betrieben wird.

Der Plan ist, das muss betont werden, durchaus nicht ein Ergebnis irgendeiner Notwendigkeit. Für einen Kommunisten ist es lediglich der bestmögliche Ausdruck zweier alter Träume. Der erste ist so alt wie der menschliche Geist und gilt der Beseitigung der alten Furcht vor einer Invasion aus dem Osten. Der zweite ist der kommunistische Traum eines Deutschlands, das die Europas größte technische und industrielle Laboratorium in einem kommunistischen Gemeinwesen an Russland gebunden ist.

Die Russen erwarten keineswegs, dass sie Deutschland selbst sorgen oder übernehmen in eine von den Kommunisten beherrschte Nation verwandeln können, aber sie glauben ernsthaft, in Deutschland eine geborgene, disziplinierte kommunistische Partei und wirtschaftliche Bedingungen schaffen können, die dieser Partei alle Chancen gibt. Der gleichen Zeit versuchen sie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln das Ansehen einer Partei zu verhindern, die identisch mit der Arbeiterklasse ist und deren ideologische Basis der der Parteien der westlichen Demokratien ähnelt. Es ist bezeichnend, dass die Moskauer Presse keine Gelegenheit verstreichen lässt, Dr. Kurt Schumacher, den Führer der Sozialdemokratischen Partei, anzugreifen. In ähnlicher Weise haben die Moskauer Blätter ständig die Labour Party in England angegriffen, vielleicht weil man erkannt hat, dass Attlees Regierung als sozialistische Regierung eines der wenigen dynamischen Hindernisse gegen den Kommunismus in Europa bildet.

Sind die Bedingungen erst gegeben, sieht sich ein politisch geeinigtes Deutschland einem wirtschaftlichen Zusammenbruch gegenüber. Dann soll die kommunistische Partei die Macht übernehmen und Deutschland in den stärksten Satelliten des Sowjetsystems verwandeln. So ging man bereits in Osteuropa vor und so kann es jeden Augenblick in Frankreich geschehen. In Deutschland aber werden die Russen ihr Ziel erreichen, wenn nicht während der Moskauer Konferenz ein korrekter Weg gefunden wird.

Deutschland ist das grosse ideologische Schlachtfeld. Wird die Schlacht verloren, so ist sie auf dem ganzen Kontinent verloren. Für die Russen gelten die Deutschen als Hauptarbeiter der Sowjetunion im neuen Europa, da sie ihnen die nötigen Techniker und industriellen Schlüsselprodukte für das sich ausdehnende sowjetische Empire zu liefern vermögen. Die Industrie eines kommunistischen Deutschland würde nicht als fremd empfunden, zumal es durchaus möglich wäre, dass eine für den Dnjepr-Damm benötigte Turbine im Herbst 1948 "als ein Geschenk der Arbeiter Düsseldorfs an die heldenhaften Arbeiter des Dnjepr-Damms" geliefert würde.

Die sowjetische Forderung nach politischer Vereinheitlichung Deutschlands stellt nichts als eine geschickte Tarnung für eine Kampagne zunächst ideologischer, später tatsächlicher Herrschaft dar. Der Prozess vollzieht sich Schritt um Schritt. Der Uebernahme einiger wichtiger Posten im neuen Deutschland, des Innenministeriums etwa, das die Polizei kontrolliert, und des Arbeitsministeriums, das die Gewerkechaften beherrscht, wird die Zeit folgen, wo die kommunistische Partei bereit sein wird, "eine wahrhaft demokratische Wahl" nach sowjetischem Muster zu organisieren und auf Grund deren Ausgang wird dann die Partei in der Lage sein, alle Stellen zu übernehmen, die sie will. Man betrachtet es dann als eine empfehlenswerte Geste, der sogenannten Opposition einige unbedeutende Posten zu belassen, so dass eine gewisse Ähnlichkeit mit den demokratischen Regimen in den westlichen Ländern beibehalten werden kann. Dies dient dem Zweck, um die USA zu ermutigen, wirtschaftliche Hilfe zu leisten. Wenn sich aber die Kommunisten erst stark genug fühlen, dann werden auch diese Posten mit ihren Leuten besetzt. - Auch die Reparationspolitik der Sowjetunion dient, wie so viele andere politische Massnahmen, diesem weitgesteckten Ziel. (m/313/Blö/1/He)

Schwedens Sozialisten zur SPD

In "Politiken", einer der grössten und angesehensten Zeitungen Dänemarks, ist ein Interview des Stockholmer Korrespondenten mit dem schwedischen Staatsminister, Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden Tage Erlander erschienen, das sich auch mit der deutschen Sozialdemokratie beschäftigt. Auf die Frage des Interviewers, ob die schwedische Sozialdemokratie die Verbindung mit der deutschen Sozialdemokratie aufgenommen habe, erklärte Erlander:

"Bisher kann nur von einem peripheren und zufällig persönlichen Kontakt die Rede sein. Ernst Paul ist ja hier in der Stadt und diese Tatsache hat Anlass zu Aussprachen gegeben, aber wir waren bis jetzt noch nicht in Deutschland. Immerhin glauben wir voll und ganz, dass die Sozialdemokratie das tragende Element des Deutschland der Zukunft werden wird. Vorläufig verhalten wir uns im übrigen abwartend. Wir verfolgen die Ereignisse in Deutschland mit dem grössten Interesse, aber wir vergessen nicht, dass wir uns während des Krieges neutral verhalten haben, und was würde man in England und anderswo sagen, wenn wir uns in die erste Reihe drängen?"

Gutwillig, aber unfähig - oder umgekehrt?

Die Streiks und Demonstrationen in vielen Städten der britischen Zone kommen unmittelbar aus der ungeheuren Not in Sonderheit der Lohn- und Gehaltsempfänger, also der breiten Massen. Dieser Protest ist nicht genau adressiert, es ist eine Art "Verfahren gegen Unbekannt", zumal die Verantwortlichkeiten undurchsichtig sind. Ein innerdeutscher Wirtschaftskrieg droht oder hat schon begonnen: der stellvertretende Ministerpräsident von Niederrhein-Westfalen hat sich bitter über eine mangelnde bayerische Bereitschaft beklagt, übernommene Verpflichtungen zu erfüllen und hat als Repressalie mit Unterbrechung des Kohlenexportes nach Bayern gedroht, während sich - nach einem Bericht aus München - "die für die bayerische Ernährungswirtschaft massgebenden Stellen des Eindrucks nicht erwehren können, dass die britische Zone ihre Möglichkeiten der Erfassung in der Milchleistung nicht voll ausschöpft und einfach von Bayern das anfordert, was zum Ausgleich der Rationen fehlt."

Der für Deutschland zuständige englische Minister aber bemerkte zu den Vorgängen in Westdeutschland, die Deutschen müssten beweisen, dass sie fähig seien, wenn sie mehr Freiheit und nicht weniger haben wollten, die Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten zu übernehmen. Diese Erklärung wird in Deutschland kaum überzeugen, sie wird, da jedermann weiss, dass die deutsche Ernährung zuletzt von ausländischen Zufuhren abhängt, vielfach geradezu als zynisch empfunden werden. Es ist auch nicht wahr, wenn von alliierter Seite behauptet wird, die Deutschen kritisierten, aber verstünden nichts, besser zu machen. Es sind eine Unzahl von konkreten Vorschlägen gemacht worden, nur wurden sie nicht befolgt, oft kaum angehört. Den Deutschen kann man leider nach diesem Kriege sehr viel vorwerfen, nicht aber, dass sie nicht imstande wären, von sich aus auch mit den schwierigsten materiellen Notständen durch praktische Massnahmen überraschend schnell fertig zu werden.

Den Mann auf der Strasse, verbittert durch die Kluft zwischen Hoffnung und Enttäuschung, auch zwischen Zusage und Erfüllung dieser Zusage, Elend durch Hunger, zermürbt durch den Winter überlegt: Zwei Jahre haben wir Frieden. Keine Bomben zerstören Bahngleise, Erzeugungsanlagen, Vorrathshäuser oder Wohnungen. Die mächtigsten Staaten der Welt haben sich zusammengefunden, den Frieden aufzubauen, ihre ungeheuren Hilfsmittel, ihre im Kriege erprobte Organisationskunst zur Verfügung zu stellen. Sie sind in der Lage, auf blosser Wünsche verzichten und auf der Befolgung von Befehlen bestehen zu können. Sie wollen helfen, so sagen sie. Sie brauchten das alles nicht zu tun, wer wollte sie dazu verpflichten? Aber sie selbst haben den Willen dazu immer wieder bekundet, tun es täglich aufs Neue. Und trotzdem klappt es nicht, ganz und gar nicht. Die Hungersituation ist so, dass Leistung, seelische Verfassung und politische Vernunft des deutschen Volkes darunter schwer leiden, der Hang zum Radikalismus, ja Nihilismus nimmt stündlich zu. Da der Wille zu helfen besteht, kann also nur Unfähigkeit angenommen werden, entweder mit allzu grossen Schwierigkeiten, mit einer Art höherer Gewalt (wie der Winter eine war) fertig zu werden, oder an sich ausreichende Mittel genügend wirksam einzusetzen.

Der Ausfall der landwirtschaftlichen Ostgebiete für die Verpflegung des Westens kann den angelsächsischen Alliierten gewiss nicht zur Last gelegt werden, aber, so argumentiert man, die aufgezählten Hilfsmittel müssten doch zu einer besseren Versorgung ausreichen. Der englische Hinweis auf die deutsche Verantwortlichkeit wird als Ausflucht angesehen, so lange von der anderen Seite selbst zugegeben wird, dass alle letzten Entscheidungen, also die wichtigen, von der Militärregierung zumindestens sanktioniert werden müssen, auch heute noch nach der formellen Uebertragung der Verantwortung an die Deutschen zum 1. Januar 1947.

So ist eine Situation entstanden, die niemand recht begreift und die auch nicht durch den Hinweis überzeugend begründet wird, dass Deutschland an letzter Stelle der Schlange hilfsbedürftiger Völker zu stehen habe, oder den weiteren, dass den Siegermächte über das ihnen heute schon zugemutete Mass von Beschränkungen hinaus keine neuen auferlegt bekommen dürften. In einsichtigen deutschen Kreisen erkennt man, dass kein Grund zu moralischen Beschwerden bestehen würde, wenn die Alliierten erklärt hätten: Eure Not geht uns nichts an, seht zu, wie ihr fertig werdet. Man müsste das hinnehmen. Dass sie aber mit aller erklärten Hilfsbereitschaft weniger erreichen als eingefleischte Pessimisten je befürchteten, das schafft neben der unmittelbaren Not ausserdem eine psychologische Situation, die im Hinblick auf die politische Entwicklung kaum noch bedenklicher werden könnte. So treibt man auch die Gutwilligsten in die Opposition, während man selbst zugibt, sie in der grossen politischen Rechnung als Faktor zu eigenen Gunsten nötig zu brauchen. (m/1/14/1/he)

Molotow und die deutsche Verfassung

Die Meinung von "Le Monde"

In einem Leitartikel befasst sich "Le Monde" mit den Plänen Molotows für eine deutsche Verfassung. Das französische Blatt wundert sich, dass sich Molotow auf die alte Weimarer Verfassung stütze und fragt sich, ob das deshalb sei weil die Weimarer Verfassung so wenig Widerstand einer totalitären Regime entgegengesetzt hat. Anders könne man sich die Sympathien Molotows für das Werk nicht erklären. "Le Monde" schliesst den Artikel mit dem Bemerkem, dass man in der deutschen Verfassungsfrage nur einen Kompromiss zwischen den zwei Extremen schliessen könnte: entweder ein vollkommen föderalistisches Deutschland, wo die Zentralgewalt zum grössten Teil in den Händen der Alliierten bleibt, oder die Bildung einer Zentralregierung, die durchaus provisorisch und vielmehr symbolisch sei, in der Erwartung, dass später, wenn die Alliierten Deutschland verlassen, das deutsche Volk selbst über sich bestimmen kann. (b/B47/1/he)

Hintergründe eines Heiratsverbotes

Ein neues Dekret des obersten Sowjets verbietet die Heirat zwischen Sowjetbürgern und Ausländern. Es ist erstaunlich, dass die Sowjetpresse keinerlei Erklärung über diese Massnahme jetzt veröffentlicht hat.

Aus Meldungen der ausländischen Oppositionspresse geht hervor, dass Gesuche um Heiratsbewilligung mit Ausländern in grosser Anzahl bei den zuständigen Behörden einliefen und die Folge davon war eine Steigerung der Gesuche, Auslandspässe zu erhalten. Viele junge Russinnen versuchten, auf diese Weise aus Russland ins Ausland zu kommen, sei es, um den grossen Opfern zu entgehen, die der Wiederaufbau Russlands von jedem fordert, oder sei es, um überhaupt den Folgen der Diktatur zu entgehen. (b/293/B47/1/he.)

Das deutsche Flüchtlingsproblem als Positivum?

Dr. W. H. Das Elend der deutschen Flüchtlinge aus dem Osten des Reiches ist uns bekannt. Soweit es in unserer Macht steht ihm zu steuern, wird alles getan. Wenn nicht immer in dem Umfang geholfen wird, wie es notwendig erscheint, so ist dies nicht allein unsere Schuld.

Die Länder der französischen Zone haben sich ebenso wie die deutschen Länder der übrigen Zonen bereit erklärt, einen gewissen Anteil des Flüchtlingsstromes aus dem Osten aufzunehmen. Jedoch sind bis jetzt die süddeutschen Gebiete den Ostflüchtlingen versperrt geblieben. Die französische Militärregierung lässt noch keine Flüchtlinge in ihre Zone hinein. Man wird sich fragen müssen, was der Grund dafür sein mag. Bekannt ist er uns nicht. Vielleicht aber findet wir des Rätsels Lösung leichter, wenn wir uns Folgendes überlegen.

Überall in Deutschland - mit Ausnahme der französischen Zone - finden wir die Flüchtlinge aus dem Osten, aus Schlesien, Pommern, Ost- und Westpreussen angesiedelt. Ihnen ist zweierlei eigentümlich. Einmal sind die meisten von ihnen ohne Hoffnung, wieder in ihre engere Heimat zurückzufinden. Zum anderen aber besitzen sie als ehemalige Grenzbevölkerung ein besonders ausgeprägtes Nationalgefühl. Dieser Charaktereigenschaft gehen sie auch in berechneten Worten Ausdruck. Ihnen fehlt das mehr dem Süddeutschen eigene Stammesbewusstsein eines Bayern, Württemberger oder Badenser usw. Die Flüchtlinge bilden sozusagen das Ferment der deutschen Nation und werden es in immer stärkerer Masse, je länger sie in ihrer neuen Heimat wohnen. Es wird mit der Zeit kaum ausbleiben, dass das bereits durch den Krieg stark geschwächte Sonderbewusstsein der einzelnen deutschen Länder und Stämme mit den Jahren weiter verkümmert. Wie stark schon die Bombenflüchtlinge aus dem Norden und Westen des Reiches neue und feste Wurzeln im Boden Süddeutschlands schlugen und der Volkmeinung - abgesehen von einigen unangenehmen Erscheinungen, die mit Recht den Zorn der hiesigen Bevölkerung auf sich zogen - ihren Stempel aufdrückten und sie entsprechend beeinflussten, kann man gerade in Süddeutschland fast täglich feststellen. Auch die französische Militärregierung konnte diese Beobachtung machen. Also müssen starke, heimatlos und damit stammesmäßig wurzellos gewordene Flüchtlingsmassen mit ausgesprochenem deutschen Nationalempfinden eine Belastung für das süddeutsche Stammesbewusstsein bilden.

Frankreich vertritt den Standpunkt, dass aus Deutschland ein Staatenbund auf föderativer Grundlage geschaffen werden soll. Nur ein aus vielen unabhängigen Staaten in lockerem Zusammenhalt geförntes deutsches Reich bietet - ihrer Ansicht nach - genügend Sicherheit in politischer und militärischer Beziehung für Frankreich. Uns scheint es, als ob auch diese Überlegung der wahre Grund für die Sperrung der französischen Zone für die Ostflüchtlinge ist. Wenigstens versuchen die französischen Behörden, den Flüchtlingsstrom auf der Rheinlinie abzuwehren. Man argumentiert offenbar so: Wenn schon dieses nationale Bindemittel, das die Ostflüchtlinge darstellen, im übrigen Deutschland Aufnahme finden muss, so wenigstens nicht in der französischen Zone. Sie darf nicht zum Sammelbecken derartiger, für die französische Sicherheit gefährlicher und ihre besonderen Pläne hindernder Menschenmassen werden. In der französischen Zone soll noch pfälzischer, hessischer, württembergischer oder badischer Nationalstolz seine (in der heutigen Zeit besonders merkwürdig berührenden) Blüten treiben. - Lange aber wird wohl auch hier das für derartige empfindliche Treibhauspflanzen allein bekömmliche Klima nicht mehr anhalten. (t/14/B47/1/ha)